

DEMOKRATIE

„Linksgrün-versifft?“

Handreichung zum Umgang
mit rechtspopulistischen Parteien
und Wählerbündnissen
auf kommunaler Ebene

**KOMPETENZSTELLE STRATEGIEN GEGEN RECHTSPOPULISMUS
DES STIFTUNGSVERBUNDES DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNGEN**

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
im Januar 2018.

„Linksgrün-versifft?“

Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien
und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene

Inhalt

A. Einleitung: Wozu diese Handreichung	4
B. Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen am Beispiel der AfD	7
1. Generell: die Situation einschätzen	8
2. Was ist mein Ziel?	14
3. Aufklären, kritisieren, eigene Inhalte stark machen: die Strategie dauerhafter Auseinandersetzung	16
4. Ganz schön aufwendig: Was bringt die Strategie der Abgrenzung?	28
5. Fazit: Klare Haltung bewahren	32
C. Kontakte, Literatur und Links	33
Checkliste für Veranstaltungen	36

A. Wozu dient diese Handreichung?

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) ist kürzlich in den Bundestag einbezogen – vorher jedoch schon in zahlreiche Landtage, Stadträte und Kreisräte. Kommunalpolitikerinnen¹ sind daher mit teils neuen Problemen konfrontiert und mit der Frage: Wie umgehen mit der AfD? Diese Handreichung zeigt Strategien zum Umgang mit der AfD auf und gibt außerdem praktische Tipps sowie viele Hinweise zum weiteren Lesen, zu Expertinnen, Trainings und Beratungsstellen, denn:

Wie alle Parteien besteht die Alternative für Deutschland aus unterschiedlichen Strömungen. Teile der Partei stehen für Inhalte, die zur demokratischen Meinungsvielfalt gehören, aber progressiven politischen Ideen widersprechen. Das gilt besonders für (ultra-) konservative Familien- und Gesellschaftsbilder, anti-ökologische Umwelt- und Energiepolitik und (bisher) neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die AfD ist jedoch keine Partei wie jede andere. Denn sie hat zahlreiche Mitglieder, die menschenverachtende und demokratiefeindliche Ziele und Ideologien vertreten: völkischer Nationalismus, Rassismus, christlicher Fundamentalismus, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, Homosexuellen-Feindlichkeit, Frauenverachtung sowie Antipluralismus und Verschwörungstheorien. Die AfD nutzt rechtspopulistische Strategien. Doch es reicht nicht aus, sie als rechtspopulistisch zu bezeichnen. Die AfD ist eine zumindest in Teilen extrem rechte Partei und sie ist verschränkt mit Akteuren und Organisationen der extremen Rechten.

Wofür genau steht die AfD inhaltlich?

Zu einzelnen Politikfeldern und Landesgruppen gibt es Texte zum Download im AfD-Dossier von Weiterdenken.² Das Heft „Zur Sache! Was die AfD wirklich will“ bietet eine kurze Zusammenfassung der Positionen im AfD-Grundsatzprogramm.³

Hinzu kommt, dass AfD-Mitglieder und Sympathisantinnen sich häufig ganz praktisch nicht an demokratische Spielregeln halten. Dazu gehören:

- Lügen, Fake-News, Unterstellungen („links-grüne Diktatur“)
- Beleidigungen

1 In dieser Handreichung wird durchgehend das generische Femininum als allgemeine Bezeichnung für alle Geschlechter verwendet.

2 Alle Texte können hier heruntergeladen werden: www.weiterdenken.de/de/afd-dossier.

3 Herunterladen und kostenfrei bestellen unter www.weiterdenken.de/de/publikationen.

- rassistische und menschenverachtende Provokationen, die eine Fortführung der Debatte unmöglich machen (Alexander Gauland gegen Aydan Özoguz)⁴
- provozieren und unsachliches Verhalten in Parlamenten und Gremien

Es gibt also viele gute Gründe, sich mit der AfD auseinanderzusetzen, als Demokrat*in und gerade als progressive Politiker*in. Es geht um Werte wie

- Gleichberechtigung, vielfältige Frauenrollen und Familienmodelle
- eine multikulturelle, vielfältige Gesellschaft und Menschenrechte
- soziale Teilhabe und Gerechtigkeit
- Bürgerrechte und Liberalismus
- Demokratie und Mitbestimmung

Die AfD widerspricht jedem dieser Werte.

Im politischen Alltag fällt es jedoch oft gar nicht so leicht, die AfD zu kritisieren, den Positionen zu widersprechen oder erfolgreich über die Partei aufzuklären. Oft wissen wir nicht, wie wir reagieren sollen. Und nicht jede Form des Umgangs ist erfolgreich.

Deswegen gibt es im Folgenden einen Überblick zum strategischen Umgang mit der AfD in mehreren Schritten. Wie mit rechtspopulistischen Parteien dann umgegangen wird, muss vor Ort und individuell entschieden werden. Dieses Papier gibt ausschließlich Hinweise auf einen möglichen Umgang. Aus menschenrechtlicher, grüner, alternativer und progressiver Sicht sind Rechtspopulist*innen keine politischen Partner*innen, das ist die Grundannahme der folgenden Hinweise.

Außerdem gibt es Infos in aller Kürze zu

- „Tun und Lassen“
- Wie Provokationen widersprechen?
- Veranstaltungsscheckliste und Ausschluss-Klausel
- Gerüchte und Fake-News
- Kontakte für Beratung, Seminare, Fortbildungen
- Tipps zum Weiterlesen

Eine häufige Frage ist auch der Umgang mit den Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien. Diese Handreichung fokussiert auf den Umgang mit Parteimitgliedern und kommunalen Abgeordneten, dennoch finden sich auch Hinweise zum Umgang mit Wähler*innen.

⁴ N-TV, Gauland legt gegen Özoguz nach, 2017, <http://www.n-tv.de/politik/Gauland-legt-gegen-Ozoguz-nach-article20007945.html>.

Tipps zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der AfD

„Zur Sache! Was die AfD wirklich will“

von der Kompetenzstelle des Stiftungsverbundes

Dieses kleine Heft gleicht die Selbstdarstellung der AfD mit ihren Positionen und ihrem Programm ab

www.weiterdenken.de/de/zur-sache-afd

„Dossier AfD und Rechtspopulismus“

Das Dossier umfasst Texte zur Politik der AfD auf einzelnen Feldern wie Frauenpolitik und Religionspolitik sowie zur Arbeit einiger AfD-Landesverbände

www.weiterdenken.de/de/afd-dossier

„Argumente statt Parolen“ von Verdi

Sechs Heftchen setzen sich mit AfD-Positionen auseinander, darunter auch die von AidA, der Arbeitnehmerorganisation der AfD

www.tinyurl.com/verdi-argumente

„Lexikon AfD“ von Belltower News

Hier finden sich aktuelle Artikel, Monatsrückblicke zum Thema Rechtspopulismus und Analysen der AfD

www.belltower.news/lexikon/afd

„Schwarzbuch AfD – Fakten, Figuren Hintergründe“

Das Recherche-Zentrum Correctiv beschreibt, »was die AfD lieber nicht über sich lesen will«: Parteifinanzierung, Verbindungen zu Neonazis, unsoziales Programm (2017, Essen, Correctiv)

„Bürgerliche Scharfmacher / Deutschlands neue rechte Mitte“

Andreas Speit beschreibt AfD, Neue Rechte und Pegida als Teil einer neuen autoritären Bewegung (2017, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung)

B. Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen am Beispiel der AfD

Inhaltlich abgrenzen, kritisieren, eigene Inhalte stark machen

Warum diese Art der Auseinandersetzung?

Inhaltliche *Abgrenzung* heißt etwas anderes als *Ausgrenzung*, aber bedeutet auch keine Zusammenarbeit. Inhaltlich abgrenzen heißt, sich stets mit den Programmen und Ideologien der AfD auseinanderzusetzen, diese zu kritisieren und die eigenen Inhalte deutlich zu machen. *Ausgrenzung* zielt dagegen eher auf Isolation aus der Debatte. Diese Strategie wurde oft im Umgang mit der neonazistischen NPD angewandt. Sie ist jedoch nur zu empfehlen als zusätzliche Methode zur inhaltlichen Abgrenzung und nur in Ausnahmefällen, also etwa bei explizit neonazistischen AfD-Mitgliedern oder solchen, die in der Neonazi-Szene vernetzt sind.

In diesem Kapitel finden Sie:

1. Infos zur AfD und Fragen zur Einschätzung der eigenen Situation
2. Fragen zur Zielsetzung
3. Konkrete Tipps zum praktischen Umgang mit der AfD

1. Generell: die Situation einschätzen

Leider gibt es keine Strategie, die in jeder Situation hilft. Gerade auf kommunaler Ebene spielt nicht nur das Wahlprogramm eine Rolle, sondern auch das Auftreten und die Netzwerke der AfD-Politikerinnen. Eine angemessene Auseinandersetzung mit ihnen kommt daher nicht ohne eine Beschäftigung aus:

- mit den inhaltlichen Positionen der Einzelpersonen wie der AfD als Partei
- mit Strategien, Verhaltensweisen und Netzwerken
- mit den Machtverhältnissen und Zustimmungswerten im kommunalen Parlament und im Wahlkreis

1.1 Inhalte und Strategien der Bundes-AfD

Über die inhaltliche Ausrichtung der AfD existieren zahlreiche Publikationen (siehe Tipps zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der AfD). Die Kernthemen sind

- rassistisch begründete Asyl- und Migrationspolitik
- antifeministische Familien- und Frauenpolitik
- Umwelt- und Energiepolitik, die den Klimawandel leugnet und sich auf „alternative Fakten“ bezieht
- in der Sozial- und Steuerpolitik stehen sich ein neoliberaler Flügel und ein völkisch-sozialer Flügel gegenüber; bisher dominiert der neoliberale Flügel. Die Partei versucht diese Differenzen zu verschleiern, indem sie Migration für alle sozialen Probleme verantwortlich macht
- eine autoritäre Politikvorstellung, die sich auf Volk, Bewegung und Führung bezieht, und Minderheiten, Parlamentarismus und Pluralismus als Problem oder Illusion darstellt
- Verschärfung von Überwachung und Rückbau von Bürgerrechten vor dem Hintergrund einer rassistisch geführten Kriminalitätsdebatte
- ständige Kritik von Medien- und Kulturpolitik bei gleichzeitiger Ankündigung, selbst noch viel stärker in Kultur- und Medienlandschaft eingreifen zu wollen
- ein grundlegendes Verschwörungsdenken, das jede Abweichung von der eigenen Einstellung als Verschwörung delegitimiert statt zu kritisieren (Kartell, heimlicher Gesellschaftsumbau, Systemmedien)

Die AfD für Frauenrechte?

In den meisten Themenfeldern steht die AfD klar für konservative oder rückwärtsge wandte Politik und ist beispielsweise von grünen Positionen meilenweit entfernt. Hier gilt es, klar für die eigenen Positionen zu stehen und sich nicht auf die Rahmung der AfD einzulassen. Beispiel: Die AfD kämpft gegen die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Aber die Partei bezieht sich auf Frauenrechte, um Muslime und Flüchtlinge rassistisch zu kriminalisieren; sie diskutiert Frauenrechte also innerhalb einer rassistischen Rahmung. Diese gilt es offen zu legen und zurück zu weisen. Frauenrechte werden nicht rassistisch verteidigt. Bei Debatten über sexualisierte Gewalt sollte es nicht um die Herkunft des mutmaßlichen Täters gehen, sondern um das Motiv Frauenverachtung und die Stärkung von Frauen in der Gesellschaft. Hier hat die AfD nichts anzubieten, sondern sie diffamiert den jahrzehntelangen Kampf von Feministinnen.

Einige Forderungen der AfD liegen oberflächlich betrachtet nahe bei linken, grünen oder liberalen Ideen. Hier ist wichtig, genau zu überlegen, *wo die Unterschiede bestehen und was die eigenen Werte ausmacht.*

Beispiel: Direkte Demokratie bedeutet mitmachen und mitreden von allen in einem fort dauernden Prozess. Es geht nicht darum, durch Mehrheitsentscheide Diskussionen abzuwürgen und Minderheitenrechte einzuschränken. Alle sollen gehört werden, unabhängig von ihrer Herkunft. Politikerinnen sind dabei weder Gegenspielerinnen des Volkes noch seine Befehlsempfängerinnen. Stattdessen sind sie gerade auf kommunaler Ebene selbst Bürgerinnen, die sich gemeinsam mit den anderen Bürgerinnen austauschen, streiten und einigen. Praktische Beispiele aus der eigenen Kommune können zeigen: Nicht nur der Moment der Abstimmung zählt, sondern auch, dass Bürgerinnen diskutieren und sich in Initiativen organisieren und ihr Wissen einbringen.

Die Idee von direkter Demokratie als Prozess von Beteiligung unterscheidet sich also sehr stark vom rechtspopulistischen Konzept der Volksherrschaft. Das muss meist erst erklärt werden – und das kann gut erklärt werden, dafür braucht es aber eine Beschäftigung mit den rechtspopulistischen Ideologien und den eigenen Werten.

Strategisch und praktisch hat die AfD sowohl Stärken als auch Schwächen

Stärke „Provokation“: Die AfD nutzt inszenierte Skandale und menschenverachtende Aussagen gezielt, um damit heftige Reaktionen und Aufmerksamkeit zu gewinnen.

Stärke „Bürgerliche Fassade“: Teilen der AfD gelingt es regelmäßig, sich als moderaten Flügel darzustellen, indem sich beispielsweise vom völkischen Redner Björn Höcke distanziert wird. Einige AfD-Mitglieder treten gezielt bürgerlich, sachlich und zurückhaltend auf. Aufschluss über die Ernsthaftigkeit geben die Parteiprogramme, von denen sich die Mitglieder nicht einfach distanzieren können. Hier zeigt sich: Menschenverachtende Ideologien sind inhaltliche Grundpfeiler der gesamten Partei. Die größten Unterschiede liegen in Heftigkeit der Sprache und Selbstdarstellung. Bürgerliche Fassade und Provokationen rechts außen gehen taktisch oft Hand in Hand, um unterschiedliche Wählermilieus abzuholen.

Stärke „Einschüchterung“: Die AfD schafft es durch ihre Inszenierung als Opfer und die Kritik an angeblichen Kartellen Bürgerinnen massiv zu verunsichern, die der AfD Grenzen setzen wollen. Sie spielt mit der Angst ihrer Gegnerinnen, selbst intolerant und ausgrenzend zu sein.

Stärke „Medien“: Die AfD nutzt gezielt Soziale Medien (Facebook, Twitter), rechte Medien (Compact Magazin) und Eigenmedien, mit denen sie große Teile ihrer Anhängerschaft ohne etablierte Medien erreicht. Durch die Sozialen Netzwerke kann sie Informationen, Falschmeldungen und Mobilisierungen sehr schnell streuen. Ein Gegenhalten in den Sozialen Netzwerken ist aufgrund der Heftigkeit und Anzahl von rechten und Hasskommentaren oft nur schwer möglich.

Stärke „Bewegungspartei“: Die AfD nutzt die Landesparlamente meist zur Selbstdarstellung und Fundamentalopposition. Der *Bundesverband Mobile Beratung* definiert die AfD als „parlamentarischen Arm einer neuen Bewegung von rechts“.⁵

Schwäche „Sacharbeit“: Hingegen wird die Mitarbeit der AfD-Abgeordneten in Ausschüssen häufig als unsachlich, uninformiert oder schlichtweg nicht vorhanden eingeschätzt.⁶ Teilweise enthalten Anträge und Gesetzesentwürfe auch formale Fehler.

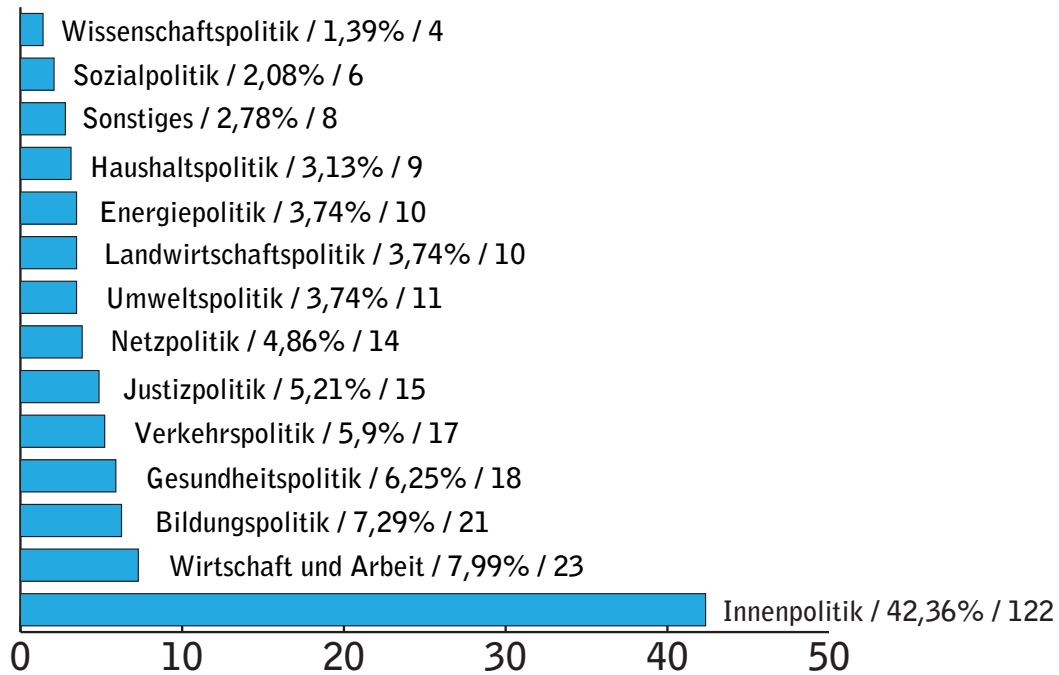
Schwäche „Kommunale Themen“: Die prominenten AfD-Themen, ihre Öffentlichkeitsarbeit und inhaltlichen Kompetenzen betreffen fast alle die Länder-, Bundes- und europäische Ebene: Innenpolitik, Asylpolitik, Europapolitik und so weiter. Eine eigene Themensetzung aus den Kommunen, Kreisen und Städten in Richtung Land oder Bund bleibt hingegen oft die Ausnahme.⁷

5 Bundesverband Mobile Beratung, „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen, Dresden, 2017, download: www.tinyurl.com/umgang-rechtspop.

6 Fedor Ruhose (Das Progressive Zentrum), Umgang mit der AfD im parlamentarischen Alltag. 15 Handlungsempfehlungen aus der Praxis, Berlin, 2017, http://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2017/10/DPZ-Discussion-Paper_Umgang-mit-der-AfD-im-parlamentarischen-Alltag.-15-Handlungsempfehlungen-aus-der-Praxis_Fedor-Ruhose.pdf, S. 3.
Analyse für Sachsen: Miro Jennerjahn, Ein Jahr AfD im Sächsischen Landtag, Dresden, 2016, <http://www.weiterdenken.de/de/2016/02/29/ein-jahr-afd-im-saechsischen-landtag>.

7 Anna Gorskih, Grit Hanneforth, Michael Nattke, Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens, Dresden, 2016, http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/06/nattke_parlamentarische_praxis_der_afd_in_den_kommunalparlamenten_sachsens.pdf

Thematische Zuordnung der kleinen Anfragen der AfD



Thematische Verteilung der Kleinen Anfragen der AfD im Sächsischen Landtag vom 29.09.2014 bis zum 29.09.2015

(Quelle: Miro Jennerjahn, Ein Jahr AfD im Sächsischen Landtag, Dresden 2016, http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/02/jennerjahn_afd_im_landtag_0.pdf)

Mögliche Schwäche „Innerer Streit“: Derzeit hat die AfD Austritte in Richtung der neuen Partei von Frauke Petry (Die Blaue Partei⁸) zu verzeichnen. Es ist nicht das erste Mal, dass größere Zahlen von Mitgliedern aus der Partei austreten. Mit Partei-Gründer Bernd Lucke verließen mehrere hundert Personen die AfD.

Mitglieder beschreiben Mobbing⁹ und andere Methoden, mit denen sich die jeweils radikaleren Flügel gegen ihre Gegnerinnen durchsetzen und Mitglieder aus der Partei drängen. Solche Streitigkeiten schrecken Bürgerinnen häufig ab. Andauernde Spaltungen können Vernetzung und Organisation der Partei schwächen, zumindest dort, wo sie viele Mitglieder verliert. Bisher ist diese Abschreckungswirkung jedoch kaum eingetreten.¹⁰

Schwäche „Sozialpolitik“: Die AfD stellt sich als Partei der „kleinen Leute“ dar. Sie hat jedoch kaum sozialpolitische Kompetenz. Bisher war der autoritär-neoliberale Flügel zu stark. Sozialpolitik wurde instrumentell im Wahlkampf verwendet, tatsächlich herrschte Uneinigkeit über Themen wie Mindestlohn oder Arbeitnehmerrechte.¹¹ Mit Petry haben eher neoliberal orientierte (sowie christlich-fundamentalistische) Personen die AfD verlassen. Definitiv sind in diesem Bereich Widersprüche zwischen Wahlkampf und tatsächlicher Zielsetzung und Konfliktpotential zu finden. Welche Richtung die AfD bei der Sozialpolitik einschlägt, ist noch nicht abzusehen, aber mutmaßlich auch in der Partei selbst noch umkämpft.

Für den kommunalen Umgang mit der AfD braucht es sodann eine Einschätzung der Situation in der Kommune / in der Vertretungskörperschaft. Dabei können die folgenden Fragen helfen.

-
- 8 Eine erste Einschätzung trifft Tilmann Steffen, Alles nach Petrys Wünschen, Zeit Online, 2017, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-10/die-blaue-partei-frauke-petry-afd>.
 - 9 Beispielhaft Sachsen-Anhalt: Falko Wittig, AfD streitet über „politische Säuberung“, MDR, 2017, <http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/landespolitik/poggenburg-weist-vorwurf-der-saeuberung-zu-rueck-100.html>.
 - 10 So gewann die damalige Partei-Chefin Frauke Petry das Direktmandat für den Bundestag im Wahlkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge, obwohl massive Streitigkeiten zwischen ihr und dem dortigen Kreisverband bekannt waren.
 - 11 Zur Strategie, die Widersprüche in Sozial- und Wirtschaftspolitik nach außen zu verschleiern: Patrick Gensing und Thomas Leif, Provokation statt Problemlösung, Tagesschau.de, 2017, <https://www.tagesschau.de/inland/afd-strategiepapier-101.html>.

1.2 Fragen zur Einschätzung der lokalen AfD

- Wer sind die Abgeordneten, wie viele sind es? Haben sie Fraktionsstatus?
- Wo stehen sie inhaltlich (marktradikal, national-konservativ, völkisch-nationalistisch)?
- Zu welchem Parteiflügel zählen sie?
- Wie ist ihre Kommunikation im Parlament (sachlich vs. offen ideologisch und feindselig)?
- Wie ist ihre Mitarbeit (aktiv und sachkundig vs. unbeteiligt, abwesend vs. selbstdarstellend, provokativ)?
- Wie sind sie/ist die AfD in der Kommune vernetzt (Bürgerinitiativen, Demos, Vereine, frühere Mitgliedschaften)?
- Wie verhalten sie sich (sofern bekannt) außerhalb des Kommunalparlaments (Teilnahme und Rede bei Demos, Social Media)?
- Gibt es zivilgesellschaftliche Initiativen, die mit der AfD sympathisieren oder zusammenarbeiten?

Woher weiß ich das? Oft sind Informationen über Soziale Medien einzuholen, bei öffentlichen Informationen ist das völlig legitim. Zudem gibt es vor Ort Initiativen und Institutionen, die sich mit der lokalen Neonazi-Szene, asylfeindlichen Netzwerken und rechtspopulistischen Kräften beschäftigen. Ein erster Anlaufpunkt kann stets das regionale *Mobile Beratungsteam (MBT)* sein.¹²

Aus diesen Fragen lässt sich dann im Einzelnen ableiten, welche der folgenden Tipps zum Umgang mit Rechtspopulismus hilfreich sind, und welche nicht zur lokalen Situation passen.

12 Kontakte unter <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/angebote/vor-ort/>.

2. Was ist mein Ziel?

Für den Umgang mit Rechtspopulismus und Neonazismus ist es auch immer wichtig, das eigene Ziel im Hinterkopf zu behalten. Beispiel: Wer sich zum Ziel setzt, AfD-Wählerinnen aufzuklären, muss an Veranstaltungen mit der AfD teilnehmen, ohne sich auf die rechte Diskussionskultur einzulassen. Geht es darum, die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, kann begründet auf gemeinsames Auftreten mit der AfD verzichtet werden.

- Will ich mich mit den AfD-Vertreterinnen auseinandersetzen?
- Will ich die Wählerinnen der AfD aufklären?
- Will ich die kommunale Öffentlichkeit aufklären, einer Normalisierung entgegenwirken?

Tun ...

- eigene Position und Vorurteile reflektieren: Rechtspopulistisch sind nicht immer nur „die Anderen“
- menschenverachtenden Äußerungen direkt und klar widersprechen
- öffentlich Position beziehen für soziale und demokratische Werte von Umweltschutz bis Homosexuellen-Rechte
- Parteienstreit und Polarisierung zulassen, aber auf unstreitbarer Grundlage von Menschenrechten. Die demokratischen Parteien müssen unterscheidbar sein.
- Hilfe annehmen: Argumentationstrainings, Mobile Beratung, zivilgesellschaftliche Expertinnen
- Verbündete suchen in Parlament und Zivilgesellschaft
- Demokratische und antirassistische Gruppen und Vereine unterstützen. Ihre Aktivität ist notwendig für eine demokratische politische Kultur. Diese Gruppen sind mitunter massiven Anfeindungen und Einschüchterungsversuchen durch Neonazis und rassistische Strukturen ausgesetzt. Politikerinnen können sich dann vor sie stellen.

- Will ich politische Kultur und demokratische Werte verteidigen, die Zivilgesellschaft stärken?
- Will ich gezielt eigene Inhalte stark machen?
- Wie verhalten sich die anderen Parteien zu AfD-Mitgliedern?
- Gibt es bereits Absprachen zum Umgang mit der NPD oder AfD bzw. sind solche Absprachen realistisch?

... und Lassen

- Demokratische Spielregeln sollten nicht eingeschränkt werden, um die AfD auszugrenzen. Demokratinnen müssen fair bleiben.
- Keinen Sinn hat es, die AfD „rechts zu überholen“, also rassistische Sorgen ernst zu nehmen, selbst autoritäre Politik zu fordern, damit die AfD es nicht tut: Das alles bedeutet ein Abrücken von der eigenen Position. Autoritäre Verordnungen werden nicht besser, weil sie von anderen Parteien als der AfD beschlossen werden. Außerdem: Die Wählerinnen wählen lieber das Original. Bündnis 90/Die Grünen können am wenigsten hoffen, AfD-Wählerinnen für sich zu gewinnen, denn sie gelten als klares Feindbild.
- Soziale und sicherheitspolitische Themen sollte man nicht kulturalisieren, also anhand von Migration erzählen und bearbeiten: Kriminalität hängt nicht von Herkunft ab.
- Rechtspopulistinnen auf den Leim gehen: Es mag besonnene und bürgerliche AfD-Politikerinnen geben. Die Partei steht aber hinter einem Grundsatzprogramm und einem Wahlprogramm, die klar rassistische, völkisch-nationalistische, homosexuellen-feindliche und antifeministische Forderungen enthalten. Wer in der Partei ist, steht hinter diesen Programmen. In der Praxis heißt das: nicht für AfD-Anträge stimmen, der AfD nicht selbst ein Podium bieten.

3. Aufklären, kritisieren, eigene Inhalte stark machen: die Strategie dauerhafter Auseinandersetzung

Die folgenden Tipps haben eines gemeinsam: Sie basieren auf der Strategie *dauerhafter Auseinandersetzung und inhaltlicher Abgrenzung von rechtspopulistischer Politik*. Die AfD-Positionen werden immer wieder inhaltlich kritisiert. Auch bei scheinbar harmlosen Positionen wird der menschenverachtende Kern offengelegt. Es ist möglich, die Zusammenarbeit mit der AfD und die Teilnahme an AfD-Veranstaltungen auszuschließen. Veranstaltungen mit der AfD sollten nur unter bestimmten Voraussetzungen besucht werden: ausreichende Vorbereitung, geklärte Moderation und Diskussionsordnung. Die eigene politische Position wird klar formuliert und bleibt menschenrechtlich ausgerichtet, eine Annäherung an rechtspopulistische Positionen findet nicht statt. Der eigene politische Alltag sollte dabei nicht zu einem Abarbeiten an der AfD verkommen.

Darüber hinaus wird die AfD als Teil einer größeren rechten Bewegung verstanden, die auf weit verbreiteten Einstellungen aufbauen kann, die von der Ungleichwertigkeit von Menschen oder „Gruppen“ aus gehen. Diese Einstellung sind unter den Wählerinnen aller Parteien verbreitet¹³ und sie sind zurzeit relativ salonfähig. *Die Strategie der bloßen Ausgrenzung und Abschreckung der AfD als „böse Populisten“ kann langfristig keine Veränderungen in den politischen Überzeugungen leisten*. Deswegen plädiert diese Handreichung für eine dauerhafte inhaltliche Auseinandersetzung mit rechten Ideologien sowie eine Reflexion und Schärfung der menschenrechtsorientierten Position.

Als Grundlage für die strategischen Tipps dienen demokratische und menschenrechtliche Prinzipien: Menschenrechte und Grundgesetz als Rechtsbasis, Solidarität mit Betroffenen von Diskriminierung und Ausgrenzung, Erfahrungen und Perspektiven von Betroffenen, Stärkung der Zivilgesellschaft durch Unterstützung menschenrechtsorientierter Personen, Initiativen und Vereine und klare inhaltliche Kritik von Diskriminierung und menschenverachtender Politik.

13 Einen Überblick bietet hier die „Leipziger Mitte-Studie“: Elmar Brähler, Johannes Kiess, Oliver Decker: Politische Einstellungen und Parteipräferenz: Die Wähler/innen, Unentschiedene und Nichtwähler 2016, in: diess. (Hg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, Gießen, 2016, Download: <https://www.boell.de/de/2016/06/15/die-enthemmte-mitte-studie-leipzig>.

3.1 Sich vorbereiten

- Rechtspopulistische Strategien und rechte Ideologien in Grundzügen verstehen bzw. sich damit beschäftigen
- Die AfD-Programme bzw. die Kritik daran in Grundzügen kennen (Lesetipps in der Einleitung)
- Die eigene Situation grob einschätzen können: Wer sind die AfD-Abgeordneten und wie stark sind sie? (Fragekomplex 1)
- Meist gibt es bereits Vereine in der Region, die gut über Neonazis und AfD informiert sind. Die Mobilen Beratungsteams (MBT) helfen beim Erarbeiten von Strategien (siehe Kontakte)
- Was sind meine politischen Ziele? Worin besteht der Unterschied zur AfD? Wo liegen meine Stärken? (Fragekomplex 2)
Die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus beginnt immer bei uns selbst. Auch demokratische Akteurinnen sind nicht frei von Vorurteilen und handeln innerhalb von ungleichen Strukturen. Eine authentische Auseinandersetzung mit der AfD ist also immer eine mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und mit der eigenen Position. Es gilt, in einem Lernprozess gemeinsam mit Bürgerinnen und besonders Betroffenen menschenrechtsorientierte Ideen (weiter) zu entwickeln. Aus einer gut durchdachten und ernsthaft reflektierten Position heraus lässt sich glaubhaft gegen Rechtspopulismus argumentieren.
- Vorbereitet in die Debatten gehen: Das Argumentationstraining
Argumentationstrainings üben inhaltlich und strategisch den Umgang mit rechten und diskriminierenden Parolen. Viele Tipps aus dieser Handreichung werden praktisch und mit professionellen Trainerinnen geübt. Die Trainings schaffen Selbstsicherheit in Debatten mit Rechtspopulistinnen (siehe Kontakte)

3.2 Im Parlament und in der Diskussion

Absprachen mit den anderen demokratischen Parteien¹⁴

Die demokratischen Parteien können sich gemeinsam auf den Umgang mit der AfD im Rat einigen. Die Vereinbarung muss inhaltlich klar sein und sich an formelle Regeln halten. Solche Vereinbarungen sollten schriftlich festgehalten werden, öffentlich gemacht

¹⁴ Siehe Bundesverband Mobile Beratung, „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“, Empfehlungen für die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus in Parlamenten und Kommunalvertretungen, Dresden, 2017, Download: www.tinyurl.com/umgang-rechtspop S.16.

Widersprechen, aber nicht über jedes Stöckchen springen – wie soll das gehen?

Ein Grundprinzip für demokratische Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Positionen ist, eine z.B. rassistische Aussage nicht stehen zu lassen, sondern zu widersprechen. Gleichzeitig gewinnt die AfD genau damit Aufmerksamkeit, mit Rassismus zu provozieren und die nachfolgende Skandalisierung zu nutzen. Am Ende distanziert sich die Partei oder eine Vertreterin öffentlich – wenngleich meist ohne inhaltliche oder personelle Konsequenzen. Dieses Dilemma ist nicht zu ändern, aber einige Versuche lohnen sich doch:

Widerspruch nach Absprache: Wenn es eine überparteiliche Zusammenarbeit zum Thema gibt, kann dort festgelegt werden, dass immer nur eine Akteurin eine Gegenrede hält bzw. Widerspruch äußert. Der Aussage ist somit widersprochen, aber es folgt keine Spirale der Empörung.

Widerspruch an Ort und Stelle: Wem im Ortsbeirat schon widersprochen wurde, muss nicht gleichzeitig getwittert und gefacebookt werden. Damit bekommt die menschenverachtende Aussage oft noch mehr Aufmerksamkeit.

Grenzen: Ab einer bestimmten Grenze an Menschenfeindlichkeit oder z.B. Strafbarkeit kann es hingegen durchaus notwendig sein, die Öffentlichkeit zu informieren und Stellung zu beziehen. Das sollte aber nicht bei jeder Provokation passieren.

und öffentlich begründet werden. Dabei helfen gute eigene Einschätzungen zu den AfD-Abgeordneten. Zu solch einer Vereinbarung gehören:

- eine gemeinsame Einschätzung zu Inhalten und Verhalten der AfD-Vertreterinnen
- festgelegte Grenzüberschreitungen und mögliche Reaktionen
- ob und wie mit der AfD diskutiert werden soll
- Umgang mit Anträgen

Der Grundsatz ist dabei: Keine Bündnisse mit der AfD und kein Taktieren mit den Stimmen der AfD. Das soll verhindern, dass Rechtspopulismus sich in der Kommunalvertretung normalisiert.

Die AfD wird auf ein solches Papier mit dem Vorwurf reagieren, die anderen Parteien würden „Kartelle“ bilden. Darauf sollten alle Beteiligten vorbereitet sein und deswegen gilt es, die Stellungnahme gut inhaltlich zu begründen: Die AfD wird nicht böswillig ausgegrenzt, sie grenzt sich selbst durch antidemokratisches Verhalten und menschenverachtende Programme aus.

Wenn kein Bündnis mit allen Parteien zustande kommt, sollten Absprachen mit allen interessierten Fraktionen und Abgeordneten getroffen werden. Die Strategie muss dann ggfs. angepasst werden, etwa wenn eine Fraktion mit der AfD gemeinsam abstimmt und damit eine Normalisierung extrem befördert.

Die kommunale Vertretung wird ein Ort „für einen offensiven, kämpferischen und selbstbewussten Umgang“¹⁵

- Anträge, Anfragen, Debattenbeiträge usw. der AfD werden hinsichtlich ihrer Ideologie befragt, „übersetzt“ und kritisiert.
- Rassismus, Antisemitismus, Antiromaismus, Homosexuellen-Feindlichkeit und Frauenverachtung wird unmittelbar und klar widersprochen. Bei Vereinbarungen mit anderen Fraktionen sollte geregelt werden, wer wann widerspricht. Eine Provokation braucht keine fünf Antworten.
- Zu zeigen ist: Was sagt die AfD, was meint die AfD? Was wären Folgen ihrer Politik zu Ende gedacht? Wo liegen sachliche und humanistische Schwächen?
- Das gilt auch für scheinbar harmlose Beiträge und für alle Politikfelder. Die menschenverachtende Ideologie zieht sich durch das Grundsatzprogramm und das Bundestagswahlprogramm der AfD. Die Spitzenkandidatinnen haben im Wahlkampf auf rassistische und rechtspopulistische Provokationen gesetzt. Darum wissen alle

15 Vgl. Benno Hafener und Sven Schönfelder, Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin, 2007, S. 136.

AfD-Mitglieder und dafür müssen sie sich auch dann verantworten, wenn sie sich selbst bürgerlich geben.

- Fehlende Sachkenntnis und mangelndes Handwerk aufdecken: Wenn geredet wird, wo nur Fragen erlaubt sind, oder mangelhafte Anträge eingebracht werden, kann auch darauf hingewiesen werden.
- Rechtspopulistinnen sollten nicht die Themen setzen dürfen und auch nicht die Rahmung. Wenn über Bedarfe von Schulen gesprochen wird, geht es nicht darum, Kosten von Asylbewerberheimen gegenzurechnen.

Mythen und Selbstdarstellung der AfD aufdecken

Die Selbstdarstellung der AfD besteht vor allem aus dem Mythos der einzig demokratischen Kümmer-Partei. Das kann inhaltlich widerlegt werden und es können eigene politische Ideen stark gemacht werden.¹⁶

Die AfD stellt sich als Opfer von Ausgrenzung dar. Realität ist: Politische Kritik ist nicht dasselbe wie persönliche Beleidigung oder rassistische Diffamierungen ganzer Gruppen; die AfD muss Kritik und andere Meinungen aushalten. In Wirklichkeit grenzt die AfD aus: nach rassistischen Kriterien aber auch alle Andersdenkenden. Damit grenzt die AfD sich selbst aus der demokratischen Debatte aus. *Politikerinnen aus progressiven Parteien können demgegenüber stark machen: Sie setzen sich für die Teilhabe von Migrantinnen, Geflüchteten und Marginalisierten an politischen Debatten und für Inklusion vor Ort ein. Damit stehen sie gegen Ausgrenzung.*

Die AfD sagt, sie sei die Partei der „einfachen Bürger und kleinen Leute“. Aber: Die AfD macht keine gute Politik für „die kleinen Leute“, denn Geringverdienende und Alleinerziehende kommen bei ihr nicht gut weg. Im Gegenteil würden die Vorschläge der AfD für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu einer Verschärfung sozialer Gegensätze führen. Insgesamt ist die Politik der AfD nicht nur gefährlich für die unmittelbaren Betroffenen (z.B. Asylsuchende), sondern auch nachteilig für viele ihrer Anhängerinnen, besonders Frauen, sozial Benachteiligte und Geringverdienende. *Das gilt es aufzuzeigen und die eigenen sozial-politischen Ansätze stark zu machen.*

Die AfD sagt, sie sei die einzige demokratische Alternative. Fakt ist jedoch: Die AfD kämpft nicht für mehr Demokratie, denn sie verlangt die Einschränkung des Fundaments der Demokratie: Rechtsgleichheit, Minderheitenrechte, Unschuldsvermutung, Grundrechte. Kommunalpolitikerinnen können von vorhandenen Erfolgen von direkter Demokratie

16 Mehr zu den Mythen der AfD und was ihre Politik wirklich bedeutet: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Hg.): *Zur Sache! Was die AfD wirklich will*, Dresden, 2017, Download und Bestellung: <http://www.weiterdenken.de/de/zur-sache-afd>.

und Mitbestimmung im Landkreis oder der Kommune erzählen. Hier kann man zeigen, dass dauerhaftes Engagement in Vereinen und kommunalen Parlamenten die Basis für Demokratie bildet.

Hier spielt die eigene Zielsetzung eine große Rolle: Wen will ich mit meiner Kritik erreichen? Die AfD-Politikerinnen selbst sind Argumenten oft nicht zugänglich, das trifft auch auf einen Teil der Wählerschaft zu. Dennoch ist Widerspruch wichtig auch im Bezug auf anwesende Dritte – Publikum und andere Politikerinnen.

Parteienstreit zulassen, denn klare Profile und Unterschiede machen Demokratie aus. Die (wahrgenommene) Ähnlichkeit der etablierten Parteien wird als Erfolgsfaktor für rechtspopulistische Parteien gesehen. Zur Demokratie gehören auch Konflikte auf Basis der Menschenrechte. Wen vertrete ich als Abgeordnete und wofür stehe ich?

3.3 Außerhalb des Parlaments

Keine Bündnisse mit Rechtspopulistinnen eingehen

Veranstaltungen mit der AfD begründet absagen oder mit klarer Position teilnehmen, Kritik üben und nötigenfalls Grenzen setzen. Der Fokus sollte nicht auf dem Abarbeiten an der AfD liegen: Die eigenen Botschaften nach vorne ziehen, selbst Themen setzen.

Öffentlich aufklären

Sowohl über die Inhalte der AfD, aber auch über Hintergründe und Netzwerke einzelner Abgeordneter. Sind diese bspw. mit neonazistischen Strukturen vernetzt (NPD, Freie Kameradschaft, Identitäre Bewegung), sollte dies öffentlich gemacht werden.

Demokratie in die Offensive

Widersprechen ist notwendig, doch wichtig ist auch proaktiv zu handeln:¹⁷ Feste, Demonstrationen, Diskussionsforen und Workshops können Bürgerinnen zum Mitmachen einladen und Mitbestimmung erlebbar machen. Bürgerinnen können sich zu ihren Kernthemen mit ihrer eigenen Expertise einbringen – das nimmt Leute eher mit in die Demokratie als ihre Sorgen zu beschwören.

17 Bundesverband Moblie Beratung, „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen, Dresden, 2017, www.tinyurl.com/umgang-rechtspop, S. 10f.

Unentschlossene ansprechen und demokratische Öffentlichkeit stärken

Bei Debatten mit Rechtspopulistinnen ist es wichtig, sich auf die Unentschlossenen zu konzentrieren und Debatten mit oder für diese zu führen. Leider sind viele Bürgerinnen Dialog und Argumenten nicht zugänglich oder ideologisch gefestigt. Diese Personen zu überzeugen ist selten erfolgreich. Wichtig ist für unentschlossene Dritte ein Angebot zu formulieren und demokratischen Engagierten den Rücken zu stärken.

Klare Solidarität

mit den Betroffenen von Rassismus und Ausgrenzung und den Engagierten zeigen. Eine Strategie rechter Parteien ist die Schuldumkehr: Die Verantwortung für Gewalt wird den Opfern zugeschoben. Engagierte gegen Rassismus werden als Nestbeschmutzer dargestellt, die das Problem aufbauschen und das Image der Region gefährden würden. Die AfD versucht gezielt, zivilgesellschaftliche Initiativen in ihrer Arbeit zu behindern.¹⁸ Etwa fordert die AfD die Überprüfung von NGOs oder das Preisgeben ihrer Daten. Davon sollte man sich nicht verunsichern lassen, sondern diese Taktik offenlegen und selbst Haltung bewahren.

Sich selbst Netzwerke und Unterstützung suchen

Einige Abgeordnete haben mit starken AfD-Fraktionen, großen Gruppen von Störerinnen auf Veranstaltungen und mangelnder Kooperation in Stadträten und Kreistagen zu kämpfen. Auch hier gilt es, Netzwerke aufzubauen. Auch im ländlichen Raum engagieren sich Bürgerinnen und Aktivistinnen gegen Rassismus und Neonazismus. Kommunalpolitikerinnen können deren Bündnisse unterstützen – oder sich dort selbst Unterstützung holen.

Sich selbst ernst nehmen

Die AfD ist kein abstraktes Problem für „die Demokratie“, dem Politikerinnen sich uneigennützig annehmen. Die AfD und ihre Anhängerinnen greifen massiv andere Politikerinnen an, besonders Grüne und Linke. Zum Beispiel argumentieren sie antifeministisch und stellen progressive politisch aktive Frauen permanent in Frage. Ebenso sprechen sie mit ihrer rassistischen Ideologie Migrantinnen und People of Color ab, politisch tätig zu sein.

Niemand muss dem Anspruch nachkommen, auf Augenhöhe mit Bürgerinnen über sogenannte Sorgen und Nöte zu reden, wenn das Gegenüber die eigene Person, Frei-

18 Vgl. Antifaschistisches Infoblatt, Die AfD: Gefahr für die Zivilgesellschaft, 2016, <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/die-afd-gefahr-f%C3%BCr-die-zivilgesellschaft>.

heit oder Existenz zur Disposition stellt. Hier darf man ganz klar Stopp sagen und die Diskussion abbrechen oder eine Einladung ausschlagen! Wichtig ist eine Begründung für andere Anwesende oder gegebenenfalls die Öffentlichkeit.

Beratung und Öffentlichkeit suchen

Bei Drohungen, Sachbeschädigungen und Angriffen ist es am besten, diese nicht mit sich selbst auszumachen. In vielen Bundesländern existieren Beratungsstellen für Opfer rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt (Verband der Beratungsstellen¹⁹). Sie arbeiten parteiisch und beraten zum Umgang auf persönlicher, juristischer und öffentlicher Ebene.

3.4 Veranstaltungen mit und ohne AfD

Veranstaltungen planen und in der Hand behalten

Gehäuft treten Neonazis, AfD-Anhängerinnen und rechte Bürgerinnen bei Veranstaltungen auf, um diese zu stören – durch Zwischenrufe, rassistische Provokationen oder gezielt strategische Argumentation. Mit einigen wenigen aber wichtigen Kniffen kann rechten Störungen von Veranstaltungen entgegengewirkt werden. Wichtig ist, die Kontrolle der Lage auf der eigenen Veranstaltung auch in der Hand zu behalten. Dabei helfen die Veranstaltungs-Checkliste der MBR und die Ausschlussklausel (S. 36-37).

Mit der AfD aufs Podium?

Die öffentliche Debatte mit der AfD zu führen, ist wichtig. Sie sollte aber mit Vorbereitung, festen Absprachen und klaren Grenzen geführt werden. Die Grundregel ist, die Kontrolle über die Diskussion nicht Rechtspopulistinnen zu überlassen. Das Ziel kann dabei sein, das unentschlossene oder menschenrechtsorientierte Publikum zu erreichen und dabei eigene Ideen stark zu machen. So bleiben AfD-Positionen nicht für sich stehen.

19 Kontakte im Überblick unter <http://verband-brg.de/index.php/ueber-uns/mitglieder>.

Tipps für Debatten mit Rechtspopulistinnen geben zum Beispiel die Broschüren

- Positionieren, Konfrontieren, Streiten²⁰
- „Für Demokratie streiten/Sicher auftreten gegen Rechtsextremismus“²¹

Ob Sie an einem Podium mit der AfD teilnehmen, entscheiden Sie vor Ort in Kenntnis ihrer potentiellen Diskussionspartnerin. Es gibt durchaus inhaltliche Gründe, nicht mit der AfD auf einem Podium zu diskutieren. Diese sollten dann öffentlich gemacht werden.²²

Grenzen

Mit Personen, die offen nationalsozialistische Ideologien verbreiten oder bekanntermaßen Neonazis sind, ist keine demokratische Diskussion zu führen. Mit solchen Personen sollte keine gemeinsame Veranstaltung wahrgenommen werden, unabhängig ob sie in der AfD oder der NPD Mitglieder sind. Das ist keine undemokratische Ausgrenzung, sondern Basis für eine demokratische Debatte. Die Absage einer Veranstaltungsteilnahme aus solchen inhaltlichen Gründen sollte öffentlich erklärt werden.

Bei der AfD zu Gast?

Von der Teilnahme an AfD-eigenen Veranstaltungen ist abzuraten. Erstens ist nicht mit einem Publikum zu rechnen, das menschenrechtlichen Argumenten zugänglich ist. Zweitens normalisiert eine Teilnahme die AfD. Drittens müssten Gäste sich wohl oder übel der Organisation und Moderation der Rechtspopulistinnen unterordnen – eine faire, sachliche und zielführende Debatte ist nicht zu erwarten. Dasselbe gilt für Interviews und Stellungnahmen in Medien, die der Neuen Rechten, Neonazis oder der AfD nahe stehen, sowie generell verschwörungstheoretischen und völkischen Medien und Institutionen.

-
- 20** Amadeu Antonio Stiftung: Positionieren, Konfrontieren, Streiten. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD, Berlin, 2017, <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/positionieren-konfrontieren-streiten.pdf>, S.8-9.
- 21** Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein/Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hg.), Für Demokratie streiten/Sicher auftreten gegen Rechtsextremismus, Kiel 2013, http://www.migration-online.de/data/rfk_rhetorik_gegen_rechtsextremismus_web.pdf, Meilensteine 2 und 3.
- 22** Beispielhaft: Stellungnahme der Bundestagsabgeordneten Corinna Ruffer, <http://www.corinna-rueffer.de/pm-offener-brief-afd/>.

Die AfD einladen?

Gegen eine Einladung der AfD zu eigenen Veranstaltungen spricht:²³ Die Einladung trägt (auch ungewollt) dazu bei, Rechtspopulismus zu normalisieren. Alle anderen Teilnehmenden müssen sich auf die rechtspopulistische MitdiskutantIn vorbereiten; möglicherweise dreht die Debatte sich nur um die AfD. Mögliche Gäste und Publikum werden von einer Teilnahme der AfD abgeschreckt, etwa weil sie von deren Rassismus selbst betroffen sind. Und es gibt keine Verpflichtung, immer alle politischen Strömungen abzubilden.

Es ist möglich, dass die AfD ihre Nicht-Einladung als antidemokratischen Ausschluss thematisiert; darauf sollten VeranstalterInnen vorbereitet sein.

Wenn die AfD dennoch eingeladen werden soll, sollten alle diese Punkte, die Veranstaltungsscheckliste und Argumentationsstrategien vorher zurate gezogen werden.

3.5 Fake News, Gerüchte, Verschwörungstheorien, Lügen

Rechtspopulistinnen und Neonazis folgen keiner fairen Diskussionskultur. Sie denken sich bewusst Lügen aus, verbreiten gezielt Gerüchte (soziale Medien) und sind teilweise so ideologisiert, dass sie ihre eigenen Fake News glauben.

Bei rechter Hetze in Sozialen Medien gibt es mehrere Möglichkeiten zu intervenieren:²⁴

- Melden und Anzeigen
- Widerlegen und Gegenargumentieren
- Betroffene und andere stärken, die demokratisch diskutieren
- Sich dabei selbst schützen und Grenzen setzen. Facebook-Diskussionen können schnell zu rassistischen Hetzkampagnen und Cyber-Mobbing verkommen. Überlegen Sie, wie weit und wie lange Sie an der Debatte teilnehmen wollen. Schützen Sie möglichst Ihre Privatsphäre.

23 Diese Hinweise stammen aus: Amadeu Antonio Stiftung: Positionieren, Konfrontieren, Streiten. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD, Berlin, 2017, <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/positionieren-konfrontieren-streiten.pdf>, S. 9.

24 Einen Überblick bietet Amadeu Antonio Stiftung, Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien. Handlungsempfehlungen, Berlin, 2016, Download: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/hetze-internet.pdf>.

Widerspruch auf der Sachebene

Gerüchte, z.B. über Kriminalität oder Luxusausstattungen in Asylbewerberheimen, sollten recherchiert und dann sachlich widerlegt werden. Dabei helfen Online-Portale, die gezielt Gerüchte sammeln und widerlegen:

- Hoaxmap hat bereits über 400 Einzelfälle nach Thema und Region sortiert.²⁵
- Mimikama hat mit Hoaxsearch eine Suchmaschine für Fake News eingerichtet.²⁶

Widerspruch auf politischer Ebene

Das eigentliche Ziel von Fake News ist nicht Informationen über Kriminalität zu vermitteln, sondern meist rassistische Hetze. Eine Antwort sollte diese Ebene aufdecken und menschenrechtlich argumentieren. Hinzu kommt: Selbstverständlich begehen Menschen Straftaten unabhängig von ihrer Herkunft und Staatsbürgerschaft – deutsche Bürgerinnen wie Asylsuchende. Dafür ist aber das Strafrecht zuständig und nicht das Ausländerrecht. Menschenrechte von Einzelnen oder ganzen Gruppen dürfen zudem nicht von (vermeintlichem) Verhalten abhängig gemacht werden.

Ideologie und Verschwörungstheorie

Ideologisch gefestigte Personen werden eine sachliche Widerlegung entweder als Ausnahme abtun oder die Quellen nicht anerkennen, die ihnen widersprechen. Auch deshalb ist eine politische Ebene in der Argumentation nötig, für die unentschlossenen und verunsicherten Dritten, die mitlesen oder zuhören.

25 www.hoaxmap.org/.

26 <http://www.hoaxsearch.com/>.

3.6 Es geht um mehr als die AfD – Selbstbewusst eine menschenrechtsorientierte Position stark und klar machen

Kaum jemand ist völlig frei von Vorstellungen von Ungleichwertigkeit und Vorurteilen. Viele Benachteiligungen rühren aus Strukturen heraus. Deswegen gehört zum Umgang mit Rechten immer eine Auseinandersetzung mit den eigenen Einstellungen und Zielen.

Die eigene politische Position klären und schärfen, besonders bei oberflächlichen Ähnlichkeiten zur AfD.

Man kann sich zum Beispiel fragen: Was ist direkte Demokratie für mich? Warum kämpfe ich dafür? Was unterscheidet meine Erzählung von der „direkten Demokratie“ der AfD? Was unterscheidet liberale und feministische Religionskritik von rassistischer Islamfeindlichkeit?

Die eigenen Inhalte nach vorne!

Anstatt rechte Inhalte zu verneinen, sollten klar abgegrenzt eigene Inhalte betont werden. Menschenverachtende Äußerungen sollten nur wiederholt werden, wenn das zur Erklärung oder Analyse nötig ist.

Die AfD auf verschiedenen Feldern kritisieren und Netzwerke sammeln.

Viele Bürgerinnen fühlen sich vom rassistischen Profil der AfD nicht abgeschreckt oder stimmen diesem zu. Eine Abgrenzung von der AfD als rassistisch reicht also nicht aus, sondern: Auf verschiedenen Feldern der AfD sollten ihre Positionen kritisiert werden, eigene Entwürfe stark gemacht und Netzwerke gebildet werden. Das können Umweltvereine oder Nachbarschaftsinitiativen sein. Zu zeigen ist hier, dass die AfD keine Lösungen anbieten kann und dass gemeinsam an politischen Alternativen gearbeitet wird.

4. Ganz schön aufwendig: Was bringt die Strategie der Abgrenzung?

All das ist mühsam, braucht langfristige Beschäftigung mit der AfD, ihrem Programm und den zugrunde liegenden Ideologien. Ein kurzfristiger Erfolg ist nicht garantiert. Dennoch sprechen zahlreiche Gründe dafür, auf die inhaltliche Auseinandersetzung zu bauen:

- Langfristige und mühsame Auseinandersetzung mit dem Programm der AfD, der zugrunde liegenden Ideologie und dem täglichen Umgang sind unabdingbar für eine demokratische und menschenrechtsorientierte Politik und Kultur.
- Die Auseinandersetzung mit der AfD und die Solidarität mit Flüchtlingen hat viele Bürgerinnen politisiert, die vorher kaum aktiv waren. Mit diesen Bürgerinnen kann auch neues dauerhaftes Engagement für lokale Politik gewonnen werden.
- Neue Netzwerke helfen auch bei den eigenen politischen Themen.
- Ganz egoistisch gedacht: Die AfD greift nicht nur „die Anderen“ an, die edelmütig zu verteidigen wären, sondern faktisch die ganze Gesellschaft, besonders Migrantinnen, Frauen, Homosexuelle, Grüne und Alternative. Es geht also auch darum für die eigenen Ziele und Wünsche einzustehen.
- Politische Konfrontationen mit der AfD oder rechtspopulistischen Forderungen sind kaum vermeidbar. Durch eine zeitige Auseinandersetzung geht man selbstsicher und gut informiert in die Debatten.
- Die AfD ist bei kommunalen Themen bisher am schwächsten, die meisten Forderungen betreffen Landes- oder Bundespolitik.²⁷ Auf kommunaler Ebene können langjährig aktive Parteien und Politikerinnen ihre Kompetenz deutlich machen.

Problematisch: Die Strategie der Ausgrenzung²⁸

Das Ziel der Ausgrenzung einer Partei ist deren Isolation. Diese Strategie wird in der Regel nur gegenüber extrem rechten Parteien angewandt und es gibt zahlreiche Kritikpunkte. Sie wird hier der Vollständigkeit halber kurz erklärt.

- so wenig Auseinandersetzung wie möglich: keine Plattform, kein Podium, keine Mitsprache
- Anträge prinzipiell ablehnen

27 Anna Gorskih, Grit Hanneforth, Michael Nattke, Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens, Dresden, 2016, <http://www.weiterdenken.de/de/2016/06/22/die-parlamentarische-praxis-der-afd-den-kommunalparlamenten-sachsens>.

28 Vgl. Hafeneger und Schönfelder, S 134f.

- kein persönlicher Kontakt
- Reaktionen auf Wortbeiträge nur wenn nötig
- Ausgrenzung wird öffentlich erklärt und begründet (meist schriftlich)
- „Konsens der Demokratinnen“: die enge Zusammenarbeit und Absprache aller demokratischen Fraktionen ist als Grundlage notwendig, damit die Ausgrenzung wirksam wird

Die Vorteile der Ausgrenzung

Die Botschaft ist deutlich. Es besteht die Möglichkeit, das eigene Profil scharf darzustellen. Zeit und Ressourcen werden nicht verschwendet, um sich an Rechtspopulismus abzuarbeiten.

Die Gefahr, zu viel Aufmerksamkeit für AfD-Positionen zu generieren, oder in Diskussionen von der AfD in die Enge getrieben zu werden, ist gering.

Die Nachteile

Die Methode wurde gegen neonazistische Parteien wie die NPD entwickelt und ist entsprechend rabiata.

Die Strategie ist daher nicht für alle AfD-Mitglieder als Einzelpersonen angemessen, sondern nur für neonazistische und rechtsradikale Personen.

Die AfD kann die Geschlossenheit der übrigen Parteien für ihre Vorwürfe der „Kartellbildung“ nutzen – darauf sollten die Beteiligten vorbereitet sein.

Die Ausgrenzung der AfD muss nach außen gut erklärt werden.

Einstellungen und Ideologien verschwinden durch bloßen Ausschluss nicht.

Die AfD ist mitunter zu stark vertreten, als dass ihre Ausgrenzung faktisch noch möglich wäre.

Fraglich: Änderung demokratischer Spielregeln

- Die Geschäftsordnung wird verändert: weniger Sitze im Parlament, Bevorzugung großer Fraktionen bei Ausschüssen
- Parteiübergreifende Listen, um die Sitze von AfD und extrem rechten Parteien zu reduzieren
- Parteimitglieder werden nicht in Ausschüsse gewählt, obwohl ihnen das zustünde

Achtung: Die Änderung demokratischer Spielregeln ist problematisch. Formal-demokratische Mechanismen müssen allgemein gelten und sollten nicht für Einzelfälle geändert

29 Michael Nattke ist Fachreferent beim Kulturbüro Sachsen und Mitverfasser der Studie „Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens“ im AfD-Dossier von Weiterdenken, <http://www.weiterdenken.de/de/2016/06/22/die-parlamentarische-praxis-der-afd-den-kommunalparlamenten-sachsens>. Siehe Interview auf der folgenden Seite.

30 Kontakte unter <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/angebote/vor-ort/>.

werden, das widerspräche dem Grundsatz formaler Gleichheit. Die Benachteiligung kleiner Parteien kann sich außerdem bald negativ auf die eigene Partei auswirken. Hingegen ist nicht gesagt, dass die AfD eine „kleine“ Partei bleibt; in vielen Bundesländern ist sie bereits eine große Fraktion.

Klar muss jedoch sein: *Ausgrenzung alleine ist keine nachhaltige Strategie gegen weit verbreitete menschenverachtende Einstellungen und Demokratiemisstrauen.* Empfohlen wird daher statt Ausgrenzung die inhaltliche Abgrenzung durch Auseinandersetzung, Kritik und Schärfe in den eigenen politischen Ideen. Einzelne Aspekte der Ausgrenzungsstrategie können jedoch sinnvoll für eine Strategie der Abgrenzung genutzt werden, etwa gemeinsame Beschlüsse verschiedener Parteien und begründete Kommunikationsverweigerung in angemessenen Fällen.

3 Fragen an: Michael Nattke,²⁹ Kulturbüro Sachsen

1. Was ist dein Tipp zum Umgang mit der AfD in kommunalen Parlamenten?

Wenn die AfD nun schon einmal in den kommunalen Parlamenten vertreten ist, dann sollte man sich mit ihr an den thematischen Punkten streiten, an denen man selbst besonders stark ist. Von linken und sozialdemokratischen Parteien erwarte ich hier, dass sie argumentativ zeigen, warum die AfD eben keine Partei ist, die Konzepte zur Lösung sozialer Probleme vorweisen kann. Von einer grünen Partei könnte man erwarten, dass sie die inhaltlichen Schwächen der AfD an ökologischen Fragestellungen aufwirft. Und auch Konservative und Liberale finden in ihren eigenen Programmen ausreichend Punkte, in denen sich ihr Profil deutlich von dem der AfD unterscheidet. Das sollte man stark machen.

2. Es reicht also nicht, auf den Rassismus der AfD hinzuweisen und sich abzugrenzen?

Wenn sich die AfD rassistisch äußert, dann sollte man dies auch entsprechend kennzeichnen und klar und deutlich sagen, warum Rassismus das friedliche Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft gefährdet. Es reicht aber nicht aus, wenn sich alle am Rassismus der AfD abarbeiten, denn ein Fünftel der deutschen Bevölkerung teilt rassistische Einstellungen und würde die AfD genau deshalb wählen. Diese Leute teilen aber vielleicht nicht die AfD-Positionen im sozialpolitischen, ökologischen oder kulturellen Bereich. Es müssen also zwei Dinge gleichzeitig passieren: Kurzfristig das Offenlegen der inhaltlichen Schwachstellen der AfD in unterschiedlichen Bereichen außerhalb ihrer rassistischen Positionen, und mittel- und langfristig die ernsthafte Auseinandersetzung mit rassistischen Einstellungen in der Bevölkerung. Die Auseinandersetzung mit Rassismus in unserer Gesellschaft entscheidet man nicht für sich, indem man diesen ausschließlich an der AfD und Neonazis sichtbar macht.

3. Ihr berätet vor allem Zivilgesellschaft und Vereine. Wie können Lokalpolitikerinnen und Zivilgesellschaft sich gegenseitig unterstützen?

Unsere Beratung richtet sich an Verwaltung, Politik, Vereine und Initiativen. Lösungen müssen dabei immer individuell vor Ort gefunden werden, orientiert an den Ressourcen der Leute, die es letztlich umsetzen müssen. Lokaler Politik muss vor allem klar sein, dass diejenigen, die Probleme benennen, nicht das Problem, sondern Teil der Lösung sind. Das fällt oft schwer, weil Kritik an der eigenen Region noch sehr oft als „Nestbeschmutzung“ wahrgenommen wird. Darüber hinaus wünsche ich mir von kommunalen Verantwortungsträgerinnen oft, dass sie die Perspektiven derjenigen ernst nehmen, die von Rassismus betroffen sind. Ich glaube, wenn das gelingt, dann entsteht eine gute Basis der Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft auf der kommunalen Ebene.

Das Kulturbüro Sachsen berät Vereine, Parteien, Schulen, Kirchen und Firmen in Sachsen mit dem Ziel, extrem rechten Strukturen eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen und zwar durch Mobile Beratungsteams (MBT). Solche MBT gibt es in allen Bundesländern und sie können bei Unterstützungsbedarf angefragt werden.³⁰

5. Fazit: Klare Haltung bewahren

Bei der Kritik und Abgrenzung zur rechtspopulistischen Partei AfD geht es um Inhalte. Es braucht also eine Auseinandersetzung mit den Ideologien, Nachdenken über die eigenen Positionen und klare inhaltliche Erklärungen für die eigene Politik und die Kritik der AfD.

Weil es um Inhalte geht, ist die Auseinandersetzung nicht parteigebunden. Wenn andere Parteien versuchen, „die AfD rechts zu überholen“, dann sollte das genauso kritisiert werden. Besonders wichtig ist, die eigene Position nicht aus den Augen zu verlieren, wenn die Debatte insgesamt weiter nach rechts rückt.

Nicht alle müssen AfD-Expertinnen sein. Denn es gibt schon viele Initiativen und Vereine, die sich gut mit rechter Politik auskennen. Von deren Expertise können Politikerinnen profitieren.

Die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Rassismus ist eine für die gesamte Gesellschaft. Netzwerke bilden, Solidarität zeigen und sich gegenseitig unterstützen – Demokratie praktisch üben – ist als Fundament genauso wichtig wie die Gegenrede zu rechtspopulistischen Äußerungen.

Lieber „linksgrün-versifft“ als haltungslos. Alternativen und progressiven Politikerinnen wird oft vorgeworfen, sie seien schuld an gesellschaftlicher Modernisierung, kultureller Vielfalt und Gleichstellungspolitik. Es gibt keinen Grund, das zu verstecken. Sie können sich selbstbewusst hinter diese Werte stellen.

C. Kontakte, Literatur, Links

Kontakte

Argumentationstrainings

Green Campus setzt einen Schwerpunkt auf Gegenrede und Argumentationstrainings mit Bestellseminaren und Webinaren (Online-Seminaren) in Zusammenarbeit mit Gegenargument: <http://greencampus.boell.de/de/gegenrede-und-argumentationstraining>, <https://gegen-argument.de/>

Mobile Beratungsteams (MBT)

beraten auf lokaler und regionaler Ebene Vereine, Parteien, Unternehmen und Verwaltung zum Umgang mit Neonazis und Rechtspopulismus. Sie können eine erste Ansprechpartnerin sein, um sich Unterstützerinnen zu suchen und eine Strategie vor Ort zu entwickeln. Kontakte unter <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/angebote/vor-ort/>

Kommunalpolitische Vereinigungen und politische Stiftungen

bieten Bildungsveranstaltungen und Argumentationstrainings an und können Kontakt zu Expertinnen und Beratungsstellen vermitteln

Opferberatung

Bei Drohungen und Gewalt sind die Beratungsstellen für Opfer rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt die erste Anlaufstelle. Sie beraten vertraulich und parteiisch: Kontakte nach Regionen unter <http://verband-brg.de/index.php/ueber-uns/mitglieder>

Lese-Tipps zum Umgang mit der AfD und Rechtspopulismus

Bundesverband Mobile Beratung, „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen, Dresden, 2017, Download: www.tinyurl.com/umgang-rechtspop

Amadeu Antonio Stiftung, Positionieren, Konfrontieren, Streiten. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD, Berlin, 2017, <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/positionieren-konfrontieren-streiten.pdf>

ARUG-ZDB und WABE e.V., Handreichung zum kommunalpolitischen Umgang mit der AfD in Niedersachsen, Wolfsburg, 2017, www.tinyurl.com/arug-afd

Fedor Ruhose (Das Progressive Zentrum), Umgang mit der AfD im parlamentarischen Alltag. 15 Handlungsempfehlungen aus der Praxis, Berlin, 2017, www.tinyurl.com/umgang-afd-parlament

Alternative für Deutschland

„Nachfragen, Klarstellen, Grenzen Setzen“ – Die Amadeu Antonio Stiftung gibt Tipps zum Umgang mit der AfD, www.tinyurl.com/AAS-afd

„Wieviel Nazi steckt in der BRD?“ Das Magazin „der rechte rand“ gibt in seiner Ausgabe 167 einen groben Überblick über jeden AfD-Landesverband (Juli/August 2017, www.der-rechte-rand.de)

„Die Alternative für Deutschland / Programmatik, Entwicklung und politische Verortung“, Politikwissenschaftliche und soziologische Analysen der AfD, herausgegeben von Alexander Häusler (2016, Wiesbaden, Springer VS)

„Volk, Volksgemeinschaft, AfD“, Historiker Michael Wildt erklärt, was mit Volk gemeint ist und wo der Begriff heute seine Grenzen findet (2017, Hamburger Edition)

Watchblogs: Viele Bürgerinnen und Initiativen beobachten die Aktivitäten der AfD in bestimmten Regionen oder im Netz. Einen Überblick mit Links gibt der Artikel in der tageszeitung: Hannah Weinter, Die Beobachter, taz 2016, <http://www.taz.de/!5285861/>

Benno Hafener und Sven Schönfelder: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin, 2007

Antworten auf rechte Parolen

- „Hinter der Fassade“, pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung Bremen und Bremerhaven behandelt häufig ausgelassene Kernthemen wie Innere Sicherheit und Armut sowie die Kritik am Establishment, <http://www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de/sixcms/media.php/13/Hinter%20der%20Fassade%20ONLINE.pdf>
- „Keine Bühne für Rassismus. Flüchtlinge willkommen heißen“
Die *mobile beratung gegen rechtsextremismus berlin* gibt Tipps zur Durchführung von Infoveranstaltungen, Berlin, 2014, http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/08/mbr_keinebuhne_web.pdf
- „Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien. Handlungsempfehlungen“, Die Amadeu Antonio Stiftung bietet einen aktuellen Überblick über Counter Speech Strategien im Web 2.0., <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/hetze-gegen-fluechtlinge.pdf>
- „Für Demokratie streiten/Sicher auftreten gegen Rechtsextremismus“, Der Fokus in diesem Leitfaden liegt auf Strategien für die Debatte, http://www.migration-online.de/data/rfk_rhetorik_gegen_rechtsextremismus_web.pdf
- „Das wird man ja wohl nochmal sagen dürfen“, MBT Ostkreuz behandelt aktuelle rechtspopulistische Themen wie Kopftuch, Globalisierung und rechten „Philosemitismus“ und unterscheidet zudem übersichtlich zwischen Rechtsextremismus und –populismus, <http://www.mbt-ostkreuz.de/ostkreuz/mbt/publikationen/Flyer-und-Broschueren/3-Rechtspopulismus-Broschuere.pdf>
- „Gender raus!“, Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik von Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung, <https://www.gwi-boell.de/de/gender-raus>
- „Das Märchen von der Gender-Verschwörung“, Argumente für eine geschlechtergerechte und vielfältige Gesellschaft von der Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13544.pdf>

Andere Akteurinnen und Weiterführendes

- „Die Identitären“, ein „Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa“ zeigt Ideologien und Strategien der Identitären auf, herausgegeben von Julian Bruns, Kathrin Glösel, Natascha Strobl (2016, Münster, Unrast)
- „Kulturkampf von rechts“, ein Sammelband über Ideologien und Akteure von „AfD über Pegida und die Neue Rechte“, herausgegeben von Helmut Kellershohn und Wolfgang Kastrup (2016, Münster, Unrast)
- „Die autoritäre Revolte“, Volker Weiß ordnet autoritäres Denken historisch ein und kritisiert die Ideologien (2017, Stuttgart, Klett-Cotta)
- „Reichsbürger“, ein Sammelband von Andreas Speit über die „unterschätzte Gefahr“ (2017, Berlin, Ch. Links Verlag)

Checkliste für öffentliche Informationsveranstaltungen in geschlossenen Räumen³¹

- **Wählen Sie** einen nicht zu großen Raum aus, um Übersichtlichkeit zu gewährleisten (maximal 500 Personen). Verzichten Sie im Sinne einer ruhigen Atmosphäre auf Stehplätze.
- **Informieren Sie** sich im Vorfeld zur Stimmung in der Umgebung der geplanten Unterkunft (bzw. zur Stimmung bezogen auf Veranstaltung und Anlass). Falls die Gefahr einer rassistischen Mobilisierung in Form von Aufmärschen oder Kundgebungen besteht, ist es ratsam, Kundgebungen zur Unterstützung der Flüchtlinge anzumelden. Dies sollte bereits vor der öffentlichen Werbung für die Veranstaltung geschehen.
- **Schließen Sie** Rechtsextreme bereits in der Einladung von der Teilnahme aus und vereinbaren Sie eine Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei.
- **Verständigen Sie** sich frühzeitig über den Umgang mit Medienvertreter/innen.
- **Verabreden Sie** im Vorfeld Gesprächsregeln. Beleidigungen, diskriminierende Äußerungen oder lange Monologe sollten unterbunden werden.
- **Erstellen Sie** einen detaillierten zeitlichen Ablaufplan (Gebäude-, Technik-, Ordner/inneneinweisung, Einlass). Der Unterstützer/innenkreis sollte schon frühzeitig vor Beginn der Veranstaltung vor Ort sein.
- **Klären Sie** im Vorfeld, wer gefährdete Personen nach der Veranstaltung nach Hause begleiten kann.
- **Hängen Sie** den Ausschlusssatz deutlich sichtbar am Eingang aus.
- **Sorgen Sie** dafür, dass ausreichend Ordner/innen im Raum sind. Zusätzlich können Sie Unterstützer/innen an strategischen Punkten positionieren (erste und letzte Reihe, Plätze an Gängen, Türen und Bühnenaufgängen).

31 Checkliste mit freundlicher Genehmigung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Quelle: mbr, Keine Bühne für Rassismus, Flüchtlinge Willkommen heißen, http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/08/mbr_keinebuhne_web.pdf)

- **Führen Sie** Einlasskontrollen durch und achten Sie darauf, dass kein unkontrollierter Zugang möglich ist. Stellen Sie mit Unterstützung szenekundiger Beratungsprojekte sicher, dass Rechtsextreme erkannt werden.
- **Stellen Sie** ein oder mehrere Saalmikrofone für Wortmeldungen auf. Bitten Sie darum, dass sich Fragesteller/innen kurz namentlich vorstellen.
- **Lassen Sie** die Technik von jemandem bedienen, der im Fall einer rassistischen oder diskriminierenden Äußerung das Mikrofon ausschalten kann. Diese Maßnahme muss anschließend von der Moderation begründet werden.
- **Untersagen Sie** private Foto- und Filmaufnahmen. Sprechen Sie rechtsextremen Besucher/innen ein Hausverbot aus. Dies kann nur durch die Person, die das Hausrecht besitzt, geschehen.
- **Weisen Sie** zu Beginn der Veranstaltung auf die Gesprächsregeln und auf die Sanktionierung im Fall eines Verstoßes hin. Hängen Sie die Regeln für alle sichtbar im Raum auf.

Ausschlussklausel (bei Bewerbung sowie am Eingang zur Veranstaltung verwenden)

„Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.“

(c) Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

Impressum

Herausgeberin: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, für den Stiftungsverband der Heinrich-Böll-Stiftungen, V.i.S.d.P. Stefan Schönfelder

Kraftwerk Mitte 32 / Trafohalle, 01067 Dresden

Erscheinungsort: www.weiterdenken.de, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kraftwerk Mitte 32 / Trafohalle, 01067 Dresden, info@weiterdenken.de

ISBN: 978-3-946541-24-0

Erscheinungsdatum: Januar 2018

